



Haushaltsdebatte

„Deutschland wird unter Wert regiert!“

In der Generaldebatte des Bundestages über den Kanzler-Etat hat die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel scharfe Kritik an der Politik der rot-grünen Regierung geübt.

Beim Bundesfinanzminister stellte die Oppositionsführerin eine "grandiose Re-

alitätsverweigerung" fest: Noch im Juni 2002 hätte Eichel für das Jahr 2005 eine Neuverschuldung von lediglich 5,5 Milliarden Euro und Überschüsse in den sozialen Sicherungssystemen vorausgesagt. Jetzt sei die Rentenversicherung "am Anschlag" und die ▶

INHALT

Laurenz Meyer:
Rot-Grün bringt Deutschland auf den Hund!
Seite 8

Dokumentation
Rede der Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Angela Merkel, in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Aus der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag: „Deutschland wird unter Wert regiert!“ (Seite 1–3) ■ Katherina Reiche, Klaus-Peter Willisch: Forschungshaus halt: Rot-grüner Offenbarungseid (Seite 4) ■ Nordrhein-Westfalen: Zukunftskongress „Zeigen, wo es lang geht!“ (Seite 5–6) ■ Kontakte zur katholischen Kirche stärken: Neuer Arbeitskreis gegründet (Seite 6) ■ Karin Wolff: Klares Bekenntnis zur Muttersprache! (Seite 7–8) ■ Hartmut Koschyk: Antrag gegen politischen Islamismus zustimmen! (Seite 9–10) ■ Hermann Kues: Islamische Religion auch in Deutschland respektiert (Seite 10–11) ■ Michael Fuchs, Hartmut Koschyk: Weniger Bürokratie für mehr Arbeit (Seite 11) ■ Öffentlichkeitsarbeit (Seite 12–16)

► Pflegeversicherung "völlig auf den Hund gekommen". Bei der Krankenversicherung seien – auch durch die Mitwirkung der Union – die Schulden von früher ein Stück getilgt worden. Insgesamt aber seien die Staatsfinanzen von einem ausgeglichenen Haushalt "so weit entfernt wie seit Jahrzehnten nicht". "Das ist ihr Werk, Herr Bundeskanzler", klagte die Fraktionsvorsitzende.

Immerhin habe der Sachverständigenrat in seinem Gutachten festgestellt, dass inländische Bestimmungsgründe für die Wachstumschwäche verantwortlich seien. Deshalb habe die Politik aber auch die Chance, Abhilfe zu schaffen. Deutschland stehe also erst am Anfang seines Reformweges, nicht an seinem Ende, betonte Angela Merkel.

Politische Führung

Angela Merkel machte deutlich, dass Deutschland ungeachtet der zaghaft eingeleiteten Reformschritte im europäischen Vergleich immer noch ganz hinten liege. Anstatt die Schuld immer auf Sündenböcke zu schieben, müsse eine entschlossene politische Führung Wachstumsstrategien entwickeln. Ein anziehender Export reiche dazu nicht aus, unterstrich die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Vielmehr müsse die Binnenkonjunktur angekurbelt werden.

Gesundheitsprämien-Modell

Die CDU-Chefin hob die Weichenstellung von CDU und CSU für ein solidarisches Gesundheitsprämienmodell hervor. Vom Bundeskanzler habe sie dagegen kein Wort zur Fortentwicklung der Sozialsysteme gehört. Die von SPD und Grünen geplante Bürgerzwangsversicherung habe der Bundeskanzler noch nicht einmal erwähnt, statt dessen habe der Kanzler sich nur mit den Vorstellungen der Opposition auseinandergesetzt ohne eine eigene Alternative anzubieten. Die

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Pfittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Debatte aber wäre eine gute Gelegenheit gewesen, die Vorstellungen der Regierung darzustellen, meinte Merkel.

Gesundheitsprämien-Modell

In diesem Zusammenhang verwies die Vorsitzende auf das Merz-Faltlhauser-Steuerreformkonzept. Gemeinsam mit dem Konzept für eine umfassende Gesundheitsreform ist es geeignet, Deutschland wieder auf einen Wachstumskurs zu führen.

„Unser Land wird nicht wie Bundeskanzler Schröder behauptet, schlecht geredet. Unser Land wird unter Wert regiert“, fasste die Fraktionsvorsitzende Angela Merkel ihre Kritik an der Politik der Bundesregierung in der Generaldebatte zusammen.

Zu Beginn der Haushaltswochen hatte der scheidende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, mit der rot-grünen Wirtschafts- und Finanzpolitik abgerechnet. Die Haushaltspolitik des Bundes sei „vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit die asozialste Politik, die in Deutschland jemals gemacht wurde“.



Friedrich Merz in der Bundestagsdebatte

Mit 16.500 Euro Schulden komme jedes Kind auf die Welt. "Sie hängen den kleinen Kindern schwere Mühlsteine um den Hals und berauben sie ihrer Zukunft", sagt Merz. Die fehlerhafte Reform der Körperschaftsteuer habe zu Einnahmeausfällen von 30 Milliarden Euro geführt, beim Tabak sei die Steuerschraube überdreht worden, so dass statt der erhofften Mehreinnahme nun eine Mindereinnahme zu verkräften sei, und Zuschüsse von 80 Milliarden an die Rentenversicherung "erdrosseln den Bundeshaushalt".

Außerdem machte der Finanzexperte deutlich, dass die "ökologisch-soziale Steuerreform" der rot-grünen Bundesregierung gescheitert sei. Sie sei weder ökolo-

gisch noch sozial und mit einer Steuerreform habe sie erst recht nichts zu tun. Es handele sich lediglich um die "Verschiebung von Problemen aus dem Rentenhaushalt in den Bundeshaushalt". Anstatt der angekündigten Beitragssenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 17 Prozent näherten sich die Beiträge der 20-Prozent-Marke, sagte Merz. Zusätzlich zu den Einnahmen aus der Ökosteuern sei in diesem Jahr ein weiterer Kassenkredit nötig, damit die Rentenversicherung überhaupt zahlungsfähig bliebe.

Die Rede der Vorsitzenden finden Sie in der Dokumentation im Innenteil.

Forschungshaushalt

Rot-grüner Offenbarungseid

Rot-Grün muss den forschungspolitischen Offenbarungseid leisten. Die „eindeutige Orientierung auf Innovationen und Zukunftsinvestitionen“, die der Bundeskanzler am 26. Januar 2004 versprochen hat, bleibt aus.

Es herrscht das Prinzip „linke Tasche rechte Tasche“. Von Frau Bulmahn in Aussicht gestellte Steigerungen werden sofort durch Bundesfinanzminister Hans Eichel wieder einkassiert. In der Realität gibt es keinen „müden Euro“ mehr für Bildung und Forschung.

Trotz konstruktiver Vorschläge der Union hatte die rot-grüne Koalition auch in den Haushaltsberatungen nicht die Kraft, das Ruder zu Gunsten von Bildung und Forschung herumzureißen.

Entgegen den Kanzlerankündigungen wird der Bildungs- und Forschungshaushalt nicht aus Eichels Sparbemühungen herausgenommen. Das bedeutet, dass aus dem Ansatz 84 Mio. Euro gekürzt werden. Zusätzlich sind Mittel in Höhe von 63 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Eigenheimzulage gesperrt und damit reine Luftbuchungen.

Das Meister-BAföG wird um 15 Mio. Euro gekürzt, obwohl 47 Mio. Euro aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit dafür überwiesen wurden.

Ein erheblicher Teil des insgesamt geringen Aufwuchses wird für bildungs- und forschungsfremde Aufgaben ausgegeben, wie z. B. die Sanierung des Ministeriums in Bonn (rund 12,5 Mio. Euro) oder den Rückbau kerntechnischer Anlagen sowie die Finanzierung von Endlageraufwendungen (Steigerung von 77,3 Mio. Euro).

Dagegen erfahren die innovativen Bereiche der Projektförderung, wie die Biotechnologie, die Softwaretechnik, die Nanotechnologie und die Optischen Technologien, aber auch die Umwelttechnik nur geringe Aufwüchse von 0 bis höchstens 3 Prozent nominal. Aufgrund der zu erbringenden Einsparmaßnahmen sind diese nominalen Aufwüchse gar nicht vollständig abrufbar. Besonders bluten soll wieder der Hochschulbau, der innerhalb von zwei Jahren von 1,1 Mrd. Euro auf nun rund 860 Mio.



Katherina Reiche



Klaus-Peter Willsch

Euro heruntergefahren wird. Die erneute Kürzung erfolgt durch die Hintertür, weil die 63 Mio. Euro Sperre im Zusammenhang mit der Eigenheimzulage auf diesen Titel gelegt wurde.

Anlässlich der Abschlussberatungen des Haushaltes im Deutschen Bundestag hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nochmals Änderungsanträge vorgelegt. Wir fordern eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Hochschulen, für innovative Technologien einschließlich der Erhöhung des nationalen Weltraumprogramms und die Errichtung von DFG-Innovationsgruppen zur Stärkung von Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern.

Katherina Reiche ist die bildungs- und forschungspolitische Fraktionssprecherin, **Klaus-Peter Willsch** der zuständige Haushaltsberichterstatter.

Zukunftskongress

„Zeigen, wo es lang geht!“

Am Schluss waren es rund 900 Teilnehmer, die der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers auf dem ersten Zukunftskongress der CDU NRW im früheren Bundestag in Bonn davon überzeugen konnte, dass nur das CDU-Konzept für eine neue Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalen wieder zu einem dynamischen Wirtschaftszentrum Deutschlands machen kann.

Mit dem Zukunftskongress 2004 – Benchmark NRW setze die CDU NRW ein weiteres Signal für diesen Aufbruch und biete eine Plattform für den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, zeigte sich Jürgen Rüttgers zufrieden. Der Einladung nach Bonn war eine Vielzahl angesehener Diskutanten gefolgt. Vor einem interessierten Publikum im alten Bonner Plenarsaal diskutierte der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), zusammen mit Christian Messerschmidt (UPS Transport GmbH), Harald Müsse (Handelsblatt) und Hartmut Schauerte (mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion),

zum Thema „Innovation als Wirtschaftsmotor“. Unter dem Thema „Bildung – Chancen für NRW“ führte eine unterhaltensame Diskussion Karl-Heinz Hoffmann (Forschungszentrum CAESAR), Ulrich Reitz (Chefredakteur Rheinische Post), Christoph Stölzl (Vizepräsident des Berliner Senats) und Christa Thoben (Stellv. Vorsitzende der CDU NRW).

Als einer der Hauptredner sprach Friedrich Merz Gastgeber Jürgen Rüttgers seine Unterstützung für die im Mai 2005 anstehende Landtagswahl aus. „Ab Mai 2005 will ich nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ohne Umweg über Hessen in einer Strecke durch unionsgeführte Länder fahren“, sagte Merz vor einem applaudierenden Publikum. „Hierfür werde ich Jürgen Rüttgers und die CDU NRW mit allen Kräften im Wahlkampf für den Sieg in Nordrhein-Westfalen unterstützen.“ Merz pflichtete Rüttgers bei und



Foto: Ossenbrink

betonte vehement, dass die CDU NRW wieder zum „industriellen Kraftzentrum Deutschlands und Europas“ machen müsse. Auch um die Zukunft der Energiepolitik müsse sich die CDU kümmern. Der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie werde dazu führen, dass Deutschland Atomstrom aus Anlagen importiere, die weniger sicher seien als die deutschen. Auch auf die Bio- und Gentechnik wies Merz hin. Deutschland sei hier einmal Spitze gewesen. Durch die von der Bundesregierung geplante Novellierung des Gentechnik-Gesetzes werde der Chemie-Standort Deutschland gefährdet und für die grüne Gentechnik bedeute das das Ende. Gastgeber Jürgen Rüttgers brachte auf den Punkt, was in NRW dringend an-

steht. „Wir werden den Leuten klar sagen, was sie hinterher von der CDU erwarten können“, sagte Rüttgers und fügte hinzu: „Auch wenn es unbequem ist, werden wir Opfer verlangen müssen.“ Gleichzeitig betonte der CDU-Landeschef, es gehe nur mit dieser Offenheit, weil durch Rot-Grün zu viel Vertrauen der Menschen in die Politik verloren gegangen ist. „Wir wollen zeigen, wo es lang geht“, versicherte Rüttgers. Ganz konkret stellte er drei wesentliche Forderungen, die sich auf einen Richtungswechsel bei den Arbeitszeiten, ein vereinfachtes Steuerrecht und die Reformierung der Sozialsysteme zur Senkung der Arbeitskosten bezogen. Einer der Höhepunkte des Veranstaltungstages war die Preisverleihung des vom Bonner Künstler Siegfried Firla gestalteten Innovationspreises an den 41-jährigen Vorstandsvorsitzenden der Telekom-Tochter T-Mobile International, René Obermann. Laudator Lothar Späth, der sich beinahe wegen Schneetreibens auf der Autobahn von dem kurzfristig bereitstehenden Otto Graf Lambsdorff vertreten lassen musste, würdigte Obermann als erfolgreichen und kreativen Unternehmer der Zukunftsbranche Mobilfunk.

NEUER ARBEITSKREIS GEGRÜNDET

Um die traditionell guten Kontakte der CDU zur katholischen Kirche weiter zu vertiefen und besser zu vernetzen, wurde vor kurzem ein neuer Kreis im Adenauerhaus konstituiert.



Hermann Kues, MdB, Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Auf Initiative der Parteivorsitzenden Angela Merkel und des Generalsekretärs, Laurenz Meyer, trat unter der Leitung des Bundestagsabgeordneten Hermann Kues der Kreis der katholischen Länderbeauftragten der CDU zusammen.

Jeder Landesverband hat einen Vertreter oder Vertreterin benannt, der/die für den Aufbau des Netzwerks zur katholischen Kirche in seinem/ihrer Landesverband zuständig ist. Ganz bewusst handelt es sich hier nicht um eine eigene Vereinigung, sondern um ein Netzwerk von persönlichen Ansprechpartnern, die bereits viele Kontakte zur katholischen Kirche pflegen. Im gegenseitigen Austausch und in der Vernetzung können die Kontakte wirksamer werden. Die Partei braucht, so der Generalsekretär Meyer,

„auf allen Ebenen Personen, die die Scharnierfunktion zwischen Partei und katholischer Kirche bewusst wahrnehmen, die Gesprächspartner zusammenbringen, Nachwuchs für die Verbände

aufbauen und Seismograph für Entwicklungen im kirchlichen Bereich“ sind.

Hermann Kues betonte bei der Konstituierung, dass die Auseinandersetzung mit dem „C“ und die Bindung mit den Kirchen letztlich eine Identitätsfrage für die Partei sei. Die Kontakte zwischen katholischer Kirche und Partei seien heutzutage individueller und weniger institutionell geprägt, so dass stärkere Vermittlungsarbeit gefragt sei. Diese habe sich der Kreis auf die Fahnen geschrieben. Viele Selbstverständlichkeiten seien verloren gegangen, da sich grundsätzlich traditionelle Bindungskräfte verändert hätten. Diese Veränderungen gilt es realistisch wahrzunehmen und bewusste Formen der Kontaktpflege anzugehen, so der kirchenpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Klares Bekenntnis zur Muttersprache!

UiD: Am 7. Dezember soll die neue PISA-Studie vorgestellt werden. Vorab wurde bekannt, dass vor allem Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund schlecht abschnitten. Hat Sie dieses Ergebnis überrascht?

Karin Wolff: Nein, das hat mich überhaupt nicht überrascht. Das haben wir schon bei der ersten PISA-Studie gesehen. Etwas überrascht hat mich dagegen die Informationspolitik. Das ist kein guter Stil, einzelne Informationen herauszugeben, bevor die Ergebnisse der Kultusministerkonferenz und den verantwortlichen Ministerien vorliegen. Was wir brauchen, ist ein klares Bekenntnis zur Unterrichtssprache Deutsch. Auch das ist eine Voraussetzung, damit wir bei PISA in die Spitzengruppe vorstoßen. Bei Tests in hessischen Kindergärten hat sich gezeigt, dass 20 Prozent der Vierjährigen mit deutschen Eltern eine Entwicklungsverzögerung im Spracherwerb aufweisen, bei den Zuwandererkindern sogar mehr als die Hälfte.

UiD: Wie haben Sie Hessen darauf reagiert?

Karin Wolff: Ich will, dass

alle Kinder vom ersten Schultag an mitreden können. In Hessen haben wir nach PISA I gehandelt. Als erstes Bundesland haben wir seit dem Frühjahr 2002 deutsche Sprachkenntnisse schon vor dem ersten Schultag zur Pflicht gemacht. Seither werden bei der Anmeldung für die Grundschule die Deutschkenntnisse der Kinder geprüft. Wer den Test nicht besteht, kann kostenlose schulische Vorlaufkurse belegen.

UiD: Ist dieser Wegerfolgreich?

Karin Wolff: Die ersten Zwischenergebnisse sind übrigens sehr positiv. Schon 16.000 Kinder nahmen für jeweils neun Monate teil und konnten fast alle eingeschult werden. Berlin wollte unser erfolgreiches Programm übernehmen. Herausgekommen ist jedoch eine verwässerte Version, was ich mit Blick auf die schlechteren Chancen der Kinder persönlich sehr bedauere.

UiD: Die PISA-Studie misst die Fähigkeiten der 15-jährigen. Sollte Bildungspolitik nicht viel früher ansetzen?

Karin Wolff: Selbstverständlich. Bildung beginnt auch nicht erst nicht erst mit der



Karin Wolff

Einschulung. Die Ergebnisse der modernen Hirnforschung zeigen, dass Kinder sehr viel früher und zugleich besser lernen als lange Zeit angenommen wurde. Es ist sogar so, dass sich viele Zeitfenster in frühen Jahren unwiederbringlich schließen. Wenn das verpasst wird, muss man später aufwändig ausgleichen, was früher spielerisch möglich gewesen wäre. Kindergarten und Grundschule sind nicht zwei Welten, sondern zwei Seiten einer Medaille. Deshalb ist Bildung in frühen Jahren so wichtig. Aber wir müssen das Verständnis dafür noch stärken.

Gemeinsam mit Bayern entwickeln wir in Hessen derzeit den bundesweit ersten Bildungsplan für Kinder bis zehn Jahren, der sich nicht auf einen Altersabschnitt wie beispielsweise den Kinder-

garten beschränkt. Ein wichtiger Bestandteil ist auch hier die Sprachförderung. Das ist nachhaltige bildungspolitische Grundlagenarbeit, die sich nicht sofort messen lässt.

UiD: *Sind die Aussagen der PISA-Studie überhaupt zuverlässig? Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, der immerhin 150.000 Lehrer vertritt, zweifelt beispielsweise an der Aussagekraft von OECD-Daten.*

Karin Wolff: Josef Kraus bezieht sich auf die Studie „Bil-

dung auf einen Blick“. Er hat natürlich Recht, wenn er sagt, dass da zwei bis drei Jahre alte Daten benutzt werden. Ich will aber darauf hinweisen, dass in nur eineinhalb Jahren seit der letzten PISA-Studie signifikante Veränderungen einem so komplexen System wie der Schule überhaupt nicht feststellbar sind. Zum Zeitpunkt der Tests für PISA II haben die eingeleiteten Reformen noch gar nicht gegriffen. Jetzt entsteht natürlich bei einigen Menschen der Eindruck, Deutschland hole nicht auf.

Es sind aber weniger die Daten als vielmehr manche Kurzschlüsse, die ich kritisiere.

UiD: *Was muss sich also ändern?*

Karin Wolff: Die Einzelauswertung der PISA-Studie nach Bundesländern aus dem Jahre 2002 hat ergeben, dass ein begabungsgerechtes, gegliedertes Schulsystem der leistungsfeindlichen SPD-Bildungspolitik und ihrer Tendenz zur Einheitsschule überlegen ist. Das wird leider nur sehr zögerlich zur Kenntnis genommen. Der nächste Bundesländervergleich wird erst im September 2005 vorliegen. Bis dahin wird wahrscheinlich viel lieber über Strukturen debattiert, deren Veränderung gar nicht auf der Tagesordnung stehen.

Deshalb sage ich: Wir müssen uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren. Wir müssen mehr vom Kind herdenken. Auch bei der Diskussion um die Ganztagschule. Wir brauchen ein neues Qualitätsverständnis in der Bildungspolitik und einen Blick für die Bedürfnisse der Kinder.

Karin Wolff ist Kultusministerin des Landes Hessen und Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bildung und Weiterbildung der CDU Deutschlands.

LAURENZ MEYER

Zum ifo-Geschäftsklimaindex November erklärte der CDU-Generalsekretär: „Deutschland dümpelt unter Rot-Grün weiter vor sich hin.“

Bevor nur ein Hauch von wirtschaftlicher Erholung einsetzt, verdüstern sich die Aussichten schon wieder. Von einem Anziehen der Binnennachfrage ist nichts zu spüren. Kein Wunder, denn Menschen, die arbeitslos sind oder um ihren Job fürchten, halten ihr Geld zusammen; Betriebe mit Existenzangst investieren nicht.

Anstatt wirkliche Reformen bei Steuern, Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen anzu-

gehen, setzt der Kanzler auf wirtschaftspolitisches Nichtstun. Wie das Kaninchen vor der Schlange sitzt diese Regierung vor einem Berg wirtschaftlicher Probleme.

Anstatt Millionen von Euro für eine gute Laune-Kampagne zur Verfügung zu stellen, sollte die Regierung in Bildung investieren. Nur wer eine gute Ausbildung besitzt, hat bessere Einstellungschancen und braucht keine teure Optimismusshow. Die Menschen haben Besseres verdient als eine Regierung, die den Kopf in den Sand steckt und nur noch auf das Prinzip Hoffnung setzt.

Antrag gegen politischen Islamismus zustimmen!

Erklärung zur Einbringung des Unionsantrages „Politischen Islamismus bekämpfen – verfassungstreue Muslime unterstützen“ in den Bundestag:

Der Antrag „Politischen Islamismus bekämpfen – verfassungstreue Muslime unterstützen“ ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig beschlossen worden. Es wäre ein wichtiges Zeichen an die Bevölkerung in Deutschland, die durch auch in Deutschland

spürbare islamistische Strömungen und extremistische Aktivitäten verängstigt und verunsichert ist, wenn sich alle im Bundestag vertretenen Fraktionen der Unionsinitiative anschließen würden. Der Antrag ist das Ergebnis einer sehr differenzierten, langen und intensiven Befassung der Innenpolitiker der Fraktion mit diesem Thema. Er gibt das wieder, was sich in der Diskussion – von einigen unverbesserlichen Grünen abgesehen – zunehmend als Gemeinsamkeit abzeichnet: Wer als Zuwanderer kommt und bleiben will, der muss bereit sein, sich hier zu integrieren.



Hartmut Koschyk

Das beginnt mit der deutschen Sprache, endet aber nicht mit ihr. Es gibt einen Kanon von Überzeugungen und Werten, die Deutschland als freiheitliches, demokratisches und rechtsstaatliches Gemeinwesen definie-

„FREIHEIT LÄSST SICH NICHT STOPPEN!“

Ansprache der Bundestagsabgeordneten Claudia Nolte vor den Demonstranten in Kiew am 24.11.2004

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich bin hier als Abgeordnete und Mitglied der CDU Deutschlands. Ich möchte die Grüße und die Unterstützung von unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel und des Präsidenten der Europäischen Volkspartei Wilfried Martens überbringen.

Es ist für mich bewegend, hier bei Ihnen zu sein und ich möchte damit die Sympa-

thie des Deutschen Bundestages für Ihr Anliegen zum Ausdruck bringen.

Ich habe selbst solche eine Situation erfahren. Wie die Vorsitzende der CDU, Frau Dr. Merkel, bin ich aus der ehemaligen DDR. Auch dort haben wir Wahlfälschungen erlebt.

Mit vielen Tausenden Menschen bin ich vor 15 Jahren in der ehemaligen DDR auf die Straße gegangen. Vor allem zwei Botschaften haben uns getragen: „Wir sind das Volk“ und „keine Gewalt“. Das war die friedliche Revolution in der DDR,

die schließlich die Machthaber stürzte.

Hier bei Ihnen erlebe ich die gleiche Entschlossenheit: Sie wollen keine Wahlfälschung akzeptieren. Sie wollen keine Gewalt.

Ich fordere die Machthaber hier auf: hören Sie auf das Volk; wenden Sie keine Gewalt an. Wahlfälscher können sich nicht halten, das hat die Geschichte gezeigt. Die Freiheit lässt sich nicht stoppen.

Gott schützte die Ukraine, Gott segne Juschtschenko und das ukrainische Volk.

ren, das auf dem christlichen Wertefundament beruht. Das beinhaltet auch die volle Akzeptanz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, das staatliche Gewaltmonopol und die Trennung von Staat und Kirche. Die Zuwanderer, die auf Dauer bleiben wollen, sollen ihr Herkommen nicht verleugnen und ihre kulturellen Wurzeln nicht kappen müssen. Sie können aber ihr Heimatland und dessen kulturelle Identität und Wertvorstellungen nicht nach Deutschland importieren und hier Parallelgesellschaften aufbauen. Denn dann wird aus einem Nebeneinander schnell ein Gegeneinander. Dies zeigen die Vorgänge in den Niederlanden.

Die deutsche Verfassung muss in ihrem umfassenden Bedeutungsgehalt auch von den in Deutschland lebenden Muslimen vollständig und uneingeschränkt akzeptiert werden. Die Entfaltungsmöglichkeiten, die der religiöse Pluralismus den Muslimen in unserem Land einräumt, enden dort, wo deren Wirken die Anforderungen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht mehr erfüllt.

Hartmut Koschyk ist innenpolitischer Fraktionssprecher.

Islamische Religion auch in Deutschland respektiert

Stellungnahme zu dem Vorwurfs der Unionsantrag „Politischen Islamismus bekämpfen“ würde die Integrationspolitik parteipolitisch instrumentalisieren:

Die Vorwürfe gegenüber dem Unionsantrag „Politischen Islamismus bekämpfen – verfassungstreue Muslime unterstützen“, weise ich entschieden zurück. Die Union setzt sich für eine Integrationspolitik ein, die Parallelgesellschaften entgegenwirkt. Wir differenzieren deutlich zwischen Anhängern des „politischen Islamismus“ und der Mehrheit der muslimischen Bevölkerung in Deutschland, die sich zu einem Islam bekennt, der im Einklang mit unserem Grundgesetz steht.

Auf dem Weg zur Ausprägung eines „Euro-Islam“ der hier lebenden Muslime unterstützt die Union die muslimische Mehrheit in Deutschland. Sprach- und Kulturkenntnisse sowie das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz haben Schlüsselbedeutung für eine gelingende Integration. Darüber sind sich inzwischen alle Parteien einig, das war leider nicht immer so.



Hermann Kues

Dass der Islam als Religion anerkannt wird, zeigt sich in unserem Antrag. Wir setzen uns seit Jahren für islamischen Religionsunterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen ein und haben dies erneut bekräftigt. Dass der Unterricht in deutscher Sprache abgehalten wird und langfristig durch in Deutschland ausgebildete Lehrer erfolgen soll, ist berechtigt und dokumentiert, dass die muslimische Minderheit in Deutschland willkommen ist. Die Integration des islamischen Religionsunterrichtes in das deutsche Schulsystem zeigt, dass wir den Islam als Religion respektieren.

Ich begrüße die Einrichtung von islamisch-theologischen Lehrstühlen an deutschen Universitäten ausdrücklich, denn nur so kann sichergestellt werden, dass die Religionslehrausbildung auf wissenschaftlicher

pädagogischen und Niveau gewährleistet ist.

Wie auch die katholischen deutschen Bischöfe bei ihrer letzten Vollversammlung vorgeschlagen haben, fordert die Union in ihrem Antrag die Muslime auf, sich repräsentativ zu organisieren, um dauerhaft verlässliche Ansprechpartner zu haben, die auf dem Boden unserer Verfassungsprinzipien stehen.

Hermann Kues ist der Fraktionsbeauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Weniger Bürokratie für mehr Arbeit

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen weiteren Vorstoß zum Bürokratieabbau vorgenommen.

Um bessere Rahmenbedingungen für Arbeit in Deutschland zu erzeugen, fordert die Unionsfraktion in sofortiger Umsetzung einzelne ausgewählte Notmaßnahmen zum Bürokratieabbau. Dadurch allein wäre bereits viel gewonnen. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähiger werden.

Es geht um folgende Maßnahmen: Doppel- und Mehrfachbetriebsprüfungen sind abzuschaffen. Stattdessen soll der Gesetzgeber die Prüfzuständigkeiten in den ein-

zelnen Gesetzen auf eine amtliche Stelle übertragen oder aber die jeweils zuständige Stelle verpflichten, ihre Prüfungen mit den jeweils anderen Stellen zu koordinieren. Denn Doppelprüfungen hemmen Unternehmer durch Kosten, Ärger und personellen Mehraufwand. Mitarbeiter werden für unternehmensfremde Aufgaben gebunden. Diese Praxis muss sofort aufhören.

Statistiken hat in Zukunft derjenige zu zahlen, der sie auch bestellt. Dahinter steht die Forderung, Ausweitungen von Statistikanforderungen zu Lasten des jeweils federführenden Ressorts gehen zu lassen. Dieses Prinzip der Ressortdeckung wird bereits in Bayern seit diesem Jahr erprobt. Keine Ausbildungsplatzabgabe, das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz als bundeseinheitliches Recht sowie die kritische Überprüfung aller Verbandsklagerechte sollen ebenfalls den Kahlschlag beim Bürokratieabbau bewirken.

Die Forderungen zur Arbeitsmarktderegulierung bezwecken den Abbau der lähmenden Regelungsdichte auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Mittlerweile ist hier



Michael Fuchs



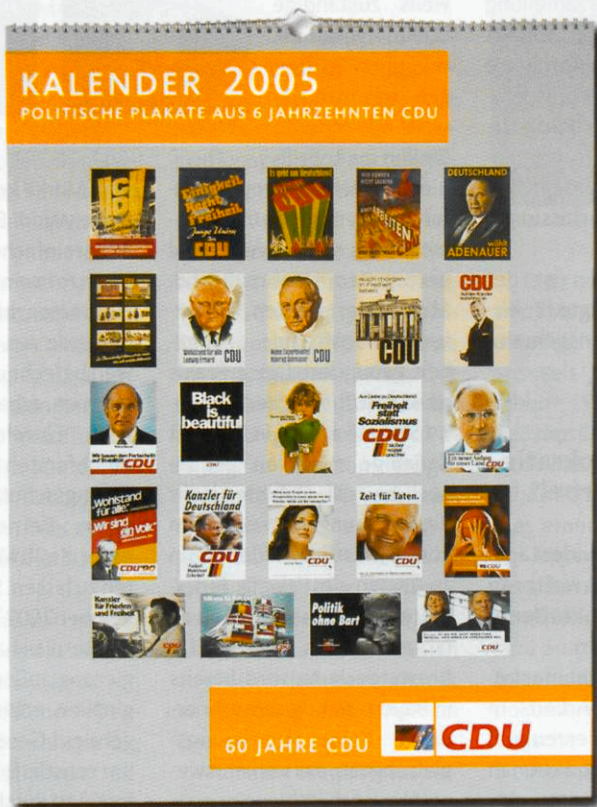
Hartmut Koschyk

von ‚Markt‘ keine Rede mehr. Daher sind Schwellenwerte zu vereinfachen, alle Arbeitsgesetze in einem Gesetzbuch zusammenzufassen, Auszubildende aus der Schwellenwertberechnung herauszunehmen, arbeitsschutzrechtliche Einzelregelungen zu durchforsten sowie das Kündigungsschutzgesetz erst ab einer Betriebsgröße von mehr als 20 Mitarbeitern gelten zu lassen. Seit dem im November 2002 angekündigten Masterplan hat die Bundesregierung außer wenigen Marginalien noch kein grundlegendes Gesetz umgesetzt, um ernsthaft die Bürokratiefessel zu durchschlagen.

Jetzt fordert die Union die Bundesregierung auf, die vorgelegten Vorschläge ernsthaft und kooperativ umzusetzen. Statt ständiger Ankündigungen müssen endlich Taten folgen

Michael Fuchs ist der Vorsitzende der Fraktions-AG „Bürokratieabbau“, **Hartmut Koschyk** der innenpolitische Fraktionssprecher.

Sie sind auf der Suche nach einem besonderen Geschenk? Wir haben für Sie genau das Richtige.



Der neue Kalender der CDU

Das ideale Weihnachtsgeschenk oder ein Dankeschön für CDU-Mitglieder, Wahlkampfshelfer, Freunde und Partner der Partei. Dieser repräsentative Wandkalender ist in hochwertiger Bilderdruckqualität gedruckt und mit Hochglanzlack veredelt. Auf 24 Seiten werden Wahlplakate aus 6 Jahrzehnten CDU präsentiert. Jeder Monat besteht aus 2 Plakatmotivseiten. Alle Plakatbilder sind im Format DIN A3.

9,90 €

60 Jahre CDU

mit 24 Plakatmotiven

Kalender

Hochglanzbilderdruck
im Superformat

49 x 65 cm

jeder Monat mit

2 Plakatmotivseiten

Bestell-Nr. 9183

Preis je Kalender: **8,53 Euro**

inkl. MwSt.: **9,90 Euro**



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 052 41-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Materialien zur Mitgliederwerbeaktion

Weitere Tipps und Infos finden Sie unter www.cdunet.de



Broschüre „Wir müssen mehr für Deutschland tun.“ Angela Merkel

Bestell-Nummer: **5942**

Preis je **100 Stück: 20,00 €**

inkl. MwSt.: 21,40 €



Leitfaden „Kampagne Mitgliederwerbung“

Bestell-Nummer: **4019**

Preis je **25 Stück: 14,50 €**

inkl. MwSt.: 15,52 €

Aufnahmeantrag

Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**

Preis je **200 Stück: kostenlos**

Aufnahmeantrag

mit abtrennbarem Abfragebogen für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: **6719**

Preis je **200 Stück: kostenlos**

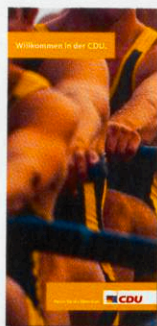


Leporello „Willkommen in der CDU“

Bestell-Nummer: **5932**

Preis je **100 Stück: 16,50 €**

inkl. MwSt.: 17,66 €



Broschüre „Viel bewegen Mitglied werden.“

Mitgliederwerbeproschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: **5076**

Preis je **50 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 19,80 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Für Ihre Mitglieder-Werbekampagne können Sie bei der UBG das entsprechende Mitglieder-Werbeplakat bestellen.

Per Telefax unter 02226/802-333 oder per E-Mail: bestellungen@ubg-medienzentrum.de



Mitglieder-Werbeplakat für Ihre Mitglieder-Kampagne „Viel bewegen Mitglied werden“

DIN A2, quer
Preis je **10 Stück: 8,00 €**
inkl. MwSt. und Versand